

Jirí Pernes

Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung

<http://dx.doi.org/10.14765/zsf.dok.1.520>

Reprint von:

Jirí Pernes, Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung, in: 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, herausgegeben von Christoph Kleßmann und Bernd Stöver, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 16), ISBN 3-412-03799-0, S. 93-113

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

Zitationshinweis:

Jirí Pernes (1999), Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.520>

Ursprünglich erschienen als: Jirí Pernes, Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung, in: 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, herausgegeben von Christoph Kleßmann und Bernd Stöver, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 16), ISBN 3-412-03799-0, S. 93-113

Inhalt

CHRISTOPH KLESSMANN/BERND STÖVER

Einleitung:

Das Krisenjahr 1953 und der 17. Juni in der DDR in der historischen Forschung.....	9
1. Das Jahr 1953 als innersowjetische Krise	9
2. Das Jahr 1953 als internationale Krise	11
3. Das Jahr 1953 als Krise des kommunistischen Systems in Osteuropa	15
4. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 als Krisensymptom: Forschungsfragen	20
5. Zum vorliegenden Band	26

Teil I

Stalins Tod, die Berija-Affäre und die Krise des sowjetischen Systems in
Osteuropa

VLADISLAV ZUBOK

„Unverfroren und grob in der Deutschlandfrage ...“ Berija, der Nachfolgestreit nach Stalins Tod und die Moskauer DDR-Debatte im April–Mai 1953	29
1. Die politische Konstellation nach Stalins Tod.....	31
2. Die Deutsche Frage	35
3. Die Infragestellung des Stalimus als politisches Konzept	42
4. Der Machtmensch Berija und die DDR – ein Fazit	46

GERHARD WETTIG

Berijas deutsche Pläne im Licht neuer Quellen.....	49
1. Unterschiedliche Auffassungen der Historiker.....	49
2. Auseinandersetzungen unter den Nachfolgern Stalins	51
3. Berijas Rolle bei der Entscheidung über den „Neuen Kurs“ in der DDR.....	54
4. Ein Berija-Plan für die Wiedervereinigung Deutschlands?	58
5. Vorbereitung geheimdienstlicher Kontakte in der Deutschland-Frage?.....	61
6. Zusammenhang zwischen Berijas Politik und der Zaisser-Herrnstadt-Affäre?	64

JÁNOS M. RAINER

Der „Neue Kurs“ in Ungarn 1953	71
1. Die Krise in Ungarn und der Tod Stalins	71
2. Die ungarische Delegation in Moskau.....	77
3. Die Umsetzung des „Neuen Kurses“ in Ungarn.....	84
4. Die Nagy-Rede vom 4. Juli 1953 und die Reformbewegung bis 1955.....	88
5. Ergebnisse	92

JIRÍ PERNES

Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung.....	93
1. Die Maßnahmen der obersten KP-Organe nach Gottwalds Tod.....	96
2. Die Währungsreform in der Tschechoslowakei.....	98
3. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Währungsreform	100
4. Der „Neue Kurs“	103
5. Der Versuch des „Neuen Kurses“ in der Tschechoslowakei	105
6. Die „Augustthesen“	107
7. Die Septembersitzung des ZK der KPTsch	109
8. Schluß.....	111

Teil II

Internationale Reaktionen auf den 17. Juni 1953

CHRISTIAN F. OSTERMANN

„Die beste Chance für ein Rollback“? Amerikanische Politik und der 17. Juni 1953	115
1. US-Deutschlandpolitik und psychologische Kriegsführung im Vorfeld des 17. Juni	116
2. Die amerikanische Reaktion auf den 17. Juni 1953	119
3. Das „Eisenhower-Paket-Projekt“	126
4. Die Nachwirkungen des Hilfsprogramms	133
5. Fazit	138

MICHAEL LEMKE

Konrad Adenauer und das Jahr 1953. Deutschlandpolitik und 17. Juni	141
1. Adenauers Europabild und Integrationsvorstellungen.....	142
2. Ost-West-Konflikt und Wiedervereinigung im Verständnis des Bundeskanzlers	143
3. Innerwestliche Querelen um EVG und Deutschlandkonferenz	147
4. Der 17. Juni 1953 und seine Folgen für die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik ...	151

KLAUS LARRES

Großbritannien und der 17. Juni 1953. Die deutsche Frage und das Scheitern von Churchills Entspannungspolitik nach Stalins Tod	155
1. Churchills Entspannungspolitik und die deutsche Frage vor dem Aufstand in der DDR.....	156
2. Der Westen und der Aufstand in der DDR.....	170
3. Schlußfolgerung	178

ANDRZEJ MAŁKIEWICZ/KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ

Das polnische Echo auf den Juni-Aufstand in der DDR im Jahre 1953.....	181
1. Forschungen über den 17. Juni in Polen.....	181
2. Die offizielle Reaktion.....	183
3. Die öffentliche Meinung.....	190
4. Zusammenfassung: Polen und der 17. Juni 1953	194

BERND STÖVER

Zusammenfassung:

Das Umbruchsjahr 1953 – Ein Resümee	199
1. Der Ausgangspunkt: Stalins Tod.....	199
2. Der „Neue Kurs“ – ein „Entstalinisierungs-Programm“.....	204
3. Der 17. Juni als Höhepunkt des Krisenjahres 1953	209
4. Westeuropäische Reaktionen: Die Sonderrolle Großbritanniens.....	218

Anhang	223
Abkürzungsverzeichnis	223
Literaturverzeichnis	227
Autorenverzeichnis	239
Personenverzeichnis.....	243

Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung

Die Verhaftung einer Reihe führender Persönlichkeiten der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) im Laufe des Jahres 1951, ihre Verurteilung in gespenstischen Schauprozessen und schließlich die Hinrichtung einiger von ihnen im Jahre 1952 erschütterten die kommunistische Parteimaschinerie in ihren Grundfesten. Die Verfolgung der „Agenten des Imperialismus“ im innersten Kreis der Partei zog immer weitere Kreise. Niemand war vor ihr sicher. Es mußten nicht nur diejenigen ihre Positionen verlassen, gegen die von der Staatssicherheit (Státní bezpečnost, StB) ermittelt wurde, sondern auch ihre nächsten Mitarbeiter und manchmal sogar ihre Verwandten. Die Funktionäre und Mitglieder der KPTsch befiel ein bisher unbekanntes Gefühl der Unsicherheit, das ihre bis dato festgefügt Reihen ins Wanken brachte.

Die Ermittlungen gegen führende Funktionäre und die Anklagen mit den schlimmsten denkbaren Verbrechen führten zu einer Schwächung des Vertrauens von breiten Schichten der Bevölkerung in die Politik der KPTsch. Sogar in Kreisen, die bisher als entschiedene Anhänger der kommunistischen Praktiken galten, hatten diese Ereignisse eine Ablehnung der offiziellen Propaganda und Zweifel an den von der Parteispitze vorgebrachten Argumenten zur Folge.¹

Natürlich herrschte nicht nur unter den Kommunisten Angst. Als der kommunistische Staat den legislativen Rahmen geformt hatte, der ihm die scheinbar legale Verfolgung politischer Widersacher ermöglichte, lebte die Gesellschaft in ständiger Unsicherheit angesichts der herrschenden Willkür.² Sie manifestierte sich in der Praxis der sogenannten „Aktions-

1 Z. B. wurde nach der Verhaftung des Sekretärs des Brüner Bezirksausschusses der KPTsch, Otto Šling, in einer Werkstatt der Jan-Šverma-Betriebe (früher „Zbrojovka“), die als eine der größten Stützen der KPTsch galten, demonstrativ ein Porträt von Šling aufgehängt. Nach dem Bekanntwerden der Verhaftung Rudolf Slánskýs wurde dieser auf einer improvisierten Versammlung von Beschäftigten einer anderen Werkstatt zu ihrem „Ehrenarbeiter“ ernannt. Moravský zemský archiv/Mährisches Landesarchiv (MZA), Bestand G 560 – KV KSC Brno, Protokoll der Sitzung des Bezirksausschusses vom 1.12.1952. – Anm. des Übersetzers: „kraj“ wird in Anlehnung an den Sprachgebrauch in der DDR als „Bezirk“ übersetzt, „okres“ als „Kreis“.

2 Vgl. František Gebauer u. a., Soudní perzekuce politické povahy v Československu 1948–1989. Statistický přehled, Praha 1993.

ausschüsse“ der Nationalen Front, in den gesetzlichen Bestimmungen über die Zwangsarbeitslager³ oder den Militärdienst in den „Technischen Hilfsbataillonen“⁴, in brutalen Methoden bei der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Liquidierung des Kleingewerbes, in der Anwendung von „Klassengesichtspunkten“ bei der Kaderarbeit und der Aufnahme von Kindern „unbequemer Personen“ in weiterführenden Schulen und in der Aussiedlung bestimmter Gruppen von Bürgern aus ihren bisherigen Wohnungen oder gar ihrem Wohnort usw. Diese Praktiken waren seit der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 gang und gäbe, doch hatten sie sich zunächst gegen Leute gerichtet, bei denen man – zu Recht oder Unrecht – Widerstand oder Vorbehalte gegen das neue Regime vermutete. Seit Beginn der fünfziger Jahre jedoch wurden sie auch gegen seine Anhänger angewandt. Das war eine in der Tschechoslowakei bisher unbekannte Erscheinung, die das kommunistische Regime ernsthaft gefährdete.

Zur Schwächung des „volksdemokratischen“ Staates, der seit 1948 nach sowjetischem Vorbild gebaut wurde, trug in erheblichem Maße der Mißerfolg seiner Wirtschaftspolitik bei. Die tschechoslowakische Wirtschaft geriet Anfang der fünfziger Jahre in eine tiefe Krise, deren Ursache der Aufbau einer überdimensionierten Schwerindustrie und die Militarisierung der Gesellschaft war. Der Tschechoslowakei wurde von der Sowjetunion die Rolle einer Maschinenbau-Großmacht zugewiesen, eine Rolle, die weit über ihre Möglichkeiten hinausging. Die dadurch hervorgerufenen unlösbaren Probleme wurden durch die Anforderungen für den schnellen Aufbau einer großen Armee noch verschärft.

Seit Ende 1950 hatten die Anforderungen der Armee oberste Priorität in der tschechoslowakischen Wirtschaft. Alle Produktionszweige wurden den Ansprüchen der Rüstungsproduktion untergeordnet. Die Ausgaben für die Armee und der Anteil der Wehrwirtschaft am Nationaleinkommen stiegen ununterbrochen. Das verwendete Volkseinkommen der Tschechoslowakei wuchs, wenn man 1948=100 setzt, bis 1953 auf 150; die Ausgaben für die Verteidigung stiegen jedoch auf 810. Der Anteil der Wehrwirtschaft am Gesamtumfang der Investitionen stieg ebenfalls. 1950 betrug er 4 Prozent, 1951 10,4 Prozent, 1952 23,7 Prozent und 1953 sogar 32,8 Prozent. In den Maschinenbaubetrieben wuchs die Rüstungsproduktion um ein Vielfaches schneller als die Zivilproduktion. Der Gesamtumfang der Ausgaben für Armee und Polizei einschließlich der Investitionen in die Rüstungsindustrie betrug in den Jahren 1949–1953 235,7 Milliarden Kronen. Zum Vergleich: Der Umfang aller Investitionen in der Wirtschaft betrug in der gleichen Zeit 472 Mrd. Kronen.⁵ Das ehrgeizige Wirtschaftsprogramm der KPTsch hatte zur Folge, daß die ganze tschechoslowakische Volkswirtschaft aus den Fugen geriet.

Der Umbau der Wirtschaft nach den Vorstellungen der KP rief tiefgreifende Veränderungen im sozialen System hervor. Eine der Folgen der Ausführung des Wirtschaftsprogrammes war ein schneller Anstieg der Beschäftigtenzahlen, vor allem in den bevorzugten Branchen – Bergbau, Hüttenwesen und Maschinenbau. Im Bemühen, die Beschäftigten von der Richtigkeit ihrer Politik zu überzeugen, richtete die KP nach 1948 ihre Anstrengungen auf eine Erhöhung der Nominallöhne, begleitet von einem Streben nach sozialer Nivellie-

3 Vgl. Karel Kaplan, *Tábory nucené práce v Československu v letech 1948–1954*, Praha 1992.

4 Jiří Bílek, *Pomocné technické prapory 1950–1954. Vznik, vývoj, organizace a činnost*, Praha 1992. Ders.: *PÉTÉPáci aneb Černí Baroni úplně jinak*, Praha 1996.

5 Vgl. Karel Kaplan, *Československo v RVHP 1949–1956*, Praha 1995, S. 134.

rung⁶, welche sich anfänglich als wirksames Stabilisierungsinstrument erwies. In der Folge stieg bis 1951 das Lebensniveau der Mehrheit der Bürger, danach begann es zu stagnieren und bei einigen Gruppen sogar zu sinken.⁷

Der Mißerfolg der Wirtschaftspolitik der KPTsch und die Konsequenzen der sozialen Nivellierung hatten auch einen Warenmangel auf dem Binnenmarkt zur Folge. Beschäftigungs- und Lohnwachstum bewirkten ein Ansteigen der Kaufkraft der Bevölkerung, welches das Waren- und Dienstleistungsangebot übertraf. Die nichtrealisierte Kaufkraft fand ihren Ausdruck einerseits in einem Anwachsen der Sparguthaben, andererseits in Panikkäufen. Unzureichende Warenbestände verhinderten eine konstante Bedienung des Marktes, und so entstanden Störungen in der Versorgung.⁸ Mit voller Gewalt traten diese Störungen 1951–1952 zu Tage.⁹ Die leeren Ladentische und Regale in den Geschäften wirkten ungünstig auf die Moral der Bevölkerung, und sogar Parteifunktionäre, die das Regime bisher vorbehaltlos unterstützt hatten, riefen nach Veränderungen.

Eine wichtige Rolle spielte die Tatsache, daß es in der Tschechoslowakei Anfang der fünfziger Jahre noch zwei Märkte gab, den „gebundenen“, wo die Menge der an die Bürger verkauften Waren durch Marken reguliert wurde, und den „freien“, wo man größere Mengen, qualitativ wertvollere und sogar Mangelwaren kaufen konnte, wenn auch nur für wesentlich höhere Preise. Auch das rief Unzufriedenheit hervor und schwächte die Position des Regimes. Der „zweifache Markt“ erlaubte es dem Staat, gegenüber den verschiedenen Bevölkerungsgruppen eine differenzierte Politik zu betreiben. Einige Gruppen wurden bevorzugt: z. B. Beschäftigte in der Schwerindustrie, weiterhin Vorteile konnten sich die „Stoßarbeiter“ (Aktivisten) und andere „verdiente Werktätige“ erfreuen,¹⁰ besondere Zuteilungen erhielten beschäftigte Frauen, bevorteilt wurden auch Kinder und Jugendliche. Auf der anderen Seite schloß der Staat ganze Bevölkerungsgruppen vom Markensystem aus, vor allem selbständige Landwirte und Gewerbetreibende, die so ihre Bedürfnisse zu wesentlich höheren Preisen befriedigen mußten. Im großen und ganzen hatte die Existenz des „zweifachen Marktes“ jedoch mehr Nach- als Vorteile und schwächte den Staat.

Ein Mittel zur Lösung der krisenhaften Situation im Bereich der Wirtschaft erblickte die Führung der KPTsch in der Aufhebung des „zweifachen Marktes“ und einer Währungsreform. Die Vorbereitungen begannen im Laufe des Jahres 1952 unter persönlicher Mitwirkung des Parteivorsitzenden Klement Gottwald.¹¹ Das Vorhaben erfreute sich sowjetischer

6 Vgl. Soziale Zusammenhänge der Krisen des kommunistischen Regimes 1953–1957 und 1968–1975. Studie, Praha 1993, S. 7f.

7 Vgl. ebd., S. 7.

8 Vgl. Dana Musilová, *Měnová reforma 1953 a její sociální důsledky*. Studie a dokumenty, Praha 1994.

9 Antonín Zápotocký gestand den Konsumgütermangel in einer Rundfunkrede im November 1951 ein. Im Zusammenhang mit der Aufhebung der sogenannten Weihnachtzuschläge erklärte er: „Wir beschränken die Auszahlung nur auf die niedrigsten Kategorien der Beschäftigten und Rentner sowie auf die Kinder. Auch bei dieser Beschränkung wird die Summe für die Auszahlung des Weihnachtzuschlages 2,5 Milliarden Kronen betragen. Das ist eine Summe, die Sorgen macht. Das Problem besteht nicht darin, wo das Geld herzuholen ist. Das Problem besteht darin, was man dafür anbieten kann.“

10 Musilová, *Währungsreform*, S. 13.

11 Vgl. Státní ústřední archiv – Archiv ÚV KSČ/Staatliches Zentralarchiv Prag – Archiv des ZK der KPTsch (SÚA-AÚV), Bestand 01 – ZK der KPTsch, Bd. 20, Archiveinheit (AE) 33, Protokoll der Sitzung des ZK vom 30.5.1953.

Unterstützung und wurde auch mit sowjetischer Hilfe vorbereitet.¹² Bevor die Partei- und Staatsführung ihr Vorhaben durchführen konnte, kam es zu unerwarteten Komplikationen, die eine Verschiebung erzwangen.

Am 5. März 1953 starb Josef Stalin. Das Präsidium des ZK der KPTsch beschäftigte sich mit der Nachricht von seinem Tode noch am gleichen Tag und beschloß, daß eine offizielle Delegation unter Führung von Klement Gottwald am Staatsbegräbnis in Moskau teilnahm. Die Reise nach Moskau schwächte den ohnehin schon schwerkranken Gottwald, und am 14. März 1953 starb auch er. Sein Tod war für die kommunistischen Gremien ein schwerer Schlag, denn in der durch die jüngsten Säuberungen und Schauprozesse erschütterten Partei war er eine der wenigen festen Autoritäten gewesen, die zu einer Lösung der Krise hätten beitragen können.¹³ Gottwalds Tod war auch deshalb ein schwerer Schlag, weil es in den oberen Parteiorganen keine Persönlichkeit gab, die auch nur im entferntesten ähnlichen Respekt genoß und ihn voll hätte ersetzen können.

1. Die Maßnahmen der obersten KP-Organe nach Gottwalds Tod

Durch Gottwalds Tod wurde die höchste Position in der Parteihierarchie – die des Parteivorsitzenden – und die höchste Position im Staate – die des Staatspräsidenten – frei. Die personelle Zusammensetzung der Staats- und Parteiführung in den Ländern des Sowjetblocks war bis dato immer vom Standpunkt Moskaus abhängig gewesen, wobei Stalin das letzte Wort hatte. Nach dessen Tode entbrannte jedoch in der Sowjetunion ein so heftiger Kampf um die Nachfolge, daß die KPdSU-Führung der Entwicklung in der Tschechoslowakei kaum Aufmerksamkeit widmen konnte.¹⁴ Es scheint, als hätte die tschechoslowakische Parteiführung relativ unabhängig über Gottwalds Nachfolger entscheiden können, und daß in der Frage der Wahl des Präsidenten und des Parteichefs von Moskau keinerlei Druck ausgeübt worden ist. Davon zeugt auch die Tatsache, daß in die höchste staatliche Funktion Antonín Zápotocký gewählt wurde, obwohl er sich bei den Mitgliedern der sowjetischen Führung keiner großen Beliebtheit erfreute.¹⁵ Das ZK-Präsidium traf sich am 20. März 1953, am Tage nach Gottwalds Beisetzung, um die Nachfolgefrage zu diskutieren. In der Diskussion kam auch der Vorschlag auf, das Präsidentenamt nach dem Vorbild einiger anderer kommunistischer Staaten durch ein kollektives Organ zu ersetzen; man entschloß sich

12 Vgl. SÚA-AÚV, Bestand 02/5, Bd. 63, AE 171, Bericht über die technische Hilfe der Sowjetunion bei der Währungsreform.

13 Auf der Sitzung des ZK-Präsidiums am 17.8.1953 formulierte es Jan Harus so: „Gottwald, das war eine heilige Autorität. Der gewaltige Sieg (der neue Staat usw.), das ist alles mit dem Namen Klement Gottwald verbunden. Jetzt haben wir keinen Klement Gottwald.“ SÚA-AÚV, Bestand 02/1, Präsidium des ZK, Bd. 37, AE 49, handschr. Protokoll der Diskussion auf der Sitzung des ZK-Präsidiums am 17.8.1953.

14 Erst auf Initiative von tschechoslowakischen Funktionären nahm ein sowjetischer Botschaftsrat an der Diskussion über die Neubesetzung der durch Gottwalds Tod freigewordenen Positionen teil – und zwar rein informatorisch. Vgl. Jiří Bilek/Jiří Dufek, *Zajímavé materiály k československé historii v moskevských archivech*, in: *Historie a vojenství* 43 (1994), S. 84–89. Vgl.: G. Pichoja, *O vnutropolitickéj bor'be v sovetskom rukovodstve 1945–1958 gg.*, in: *Novaja i novejšaja istorija*, Nr. 6/1995, S. 3–14.

15 Vgl. Karel Kaplan, *Mocní a bezmocní*, Toronto 1989, S. 49–51.

jedoch für die Beibehaltung¹⁶ und stellte fest, daß der bisherige Regierungschef Zápotocký der geeignetste Kandidat sei.¹⁷ An die Spitze der Regierung sollte einer seiner bisherigen Stellvertreter treten, Viliam Široký.¹⁸

Ein größeres Problem stellte die Nachfolge in der Parteispitze dar. Der Mehrheit erschien es am akzeptabelsten, die Position nicht zu besetzen und einen der ZK-Sekretäre mit der Leitung des ZK-Sekretariats zu beauftragen. Schließlich einigte sich das ZK-Präsidium auf Antonín Novotný als den für diese Funktion geeignetsten Mann.¹⁹ Novotný war auch stellvertretender Regierungschef, was durchaus in Übereinstimmung mit der bisherigen Politik der Konzentration der Partei- und Staatsführung in den Händen einer Gruppe war.²⁰ Übrigens erhielt Novotnýs Funktion – die in der Parteisatzung nicht vorgesehen war – erst auf der ZK-Sitzung am 4./5. September 1953 die Bezeichnung „Erster Sekretär“.

Das ZK akzeptierte auf seiner Sitzung am 21. März 1953 alle Vorschläge. Auf der Sitzung, die nur 25 Minuten dauerte, nahm es unter anderem eine Resolution an, in dem es dem Zentralen Aktionsausschuß der Nationalen Front empfahl, Antonín Zápotocký als gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der KPTsch und der anderen Blockparteien aufzustellen. Im Falle seiner Wahl sollte Zápotocký Široký zum Regierungschef ernennen. Gleichzeitig beauftragte das ZK Novotný mit der Leitung des ZK-Sekretariats.²¹

Die Mitglieder des ZK-Präsidiums erwarteten, daß Novotný ein bloßes Instrument zur Ausführung ihrer Weisungen sein würde, und setzten auf eine kollektive Führung.²² In der Praxis zeigte sich jedoch, daß Novotný seine Position dazu ausnutzte, um immer mehr Macht in seinen Händen zusammenzuführen.

Noch am gleichen Tage, am 21. März 1953, wählte die Nationalversammlung Antonín Zápotocký zum Staatspräsidenten. Die Eile war nicht grundlos. Wie das Präsidiumsmitglied Dolanský auf der ZK-Sitzung erklärte, war sich das Präsidium der Notwendigkeit einer sofortigen Neuordnung an der Staatsspitze bewußt; die Situation erfordere es, „allen mög-

16 SÚA-AÚV, Bestand 01, ZK der KPTsch, Bd. 20, AE 32, Protokoll der ZK-Sitzung am 21.3.1953. Vgl. auch Bilek/Dufek.

17 Antonín Zápotocký, 1884–1957, gelernter Steinmetz. Seit 1900 in der Sozialdemokratie aktiv, 1919 einer der Gründer des sog. marxistischen linken Flügels in der tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei, 1920 Delegierter auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau. 1921 Mitglied der KPTsch, 1921–24 Mitglied des ZK, 1925–38 Mitglied des Politbüros und Abgeordneter in der Nationalversammlung. 1929–39 Generalsekretär der „Roten Gewerkschaft“. 1939–1945 in Haft. 1945–50 Vorsitzender des Zentralen Gewerkschaftsrates, 1945–54 Mitglied des ZK-Präsidiums, 1954 bis zu seinem Tode Mitglied des Politbüros. 1945–53 Abgeordneter der Nationalversammlung, 1948–53 Regierungschef, 1953 bis zu seinem Tode Staatspräsident. Auch literarisch tätig, mehrere Romane mit Motiven aus der tschechischen Arbeitergeschichte und ein Kinderbuch.

18 Viliam Široký, 1902–1971, Slowake, seit 1921 in der KPTsch. Schon vor dem Kriege in hohen Parteifunktionen, 1938–41 in der Emigration, 1941 in der slowakischen Untergrundbewegung aktiv, im gleichen Jahr verhaftet. 1945–53 stellvertretender Regierungschef, 1950–53 Außenminister, 1953–63 Regierungschef. 1963 kaltgestellt.

19 Antonín Novotný, 1905–1975, gelernter Maschinenschlosser. Seit 1921 KP-Mitglied, bis 1938 verschiedene niedere und mittlere Parteifunktionen. 1938–41 im Untergrund, 1941–45 in KZ-Haft. 1946–68 ZK-Mitglied, 1951–68 Mitglied des ZK-Präsidiums bzw. des Politbüros, 1951–53 Sekretär des ZK, 1953–1968 Erster Sekretär des ZK. 1957–68 Staatspräsident, Anfang 1968 kaltgestellt.

20 Vgl. SÚA-AÚV, Bestand 02/1, ZK-Präsidium, Bd. 35, AE 327, Protokoll der Sitzung des ZK-Präsidiums am 20.3.1953.

21 Vgl. SÚA-AÚV, Bestand 01, ZK der KPTsch, Bd. 20, AE 32, Protokoll der Sitzung am 21.3.1953.

22 Vgl. SÚA-AÚV.

lichen Gerüchten und Erschütterungen der Sinne entgegenzutreten und die Entschiedenheit der Führung deutlich zu machen“.²³

Die Wahl von Antonín Zápotocký stellte keine große Überraschung dar; nach der Entmachtung und Verhaftung Rudolf Slánskýs im Herbst 1951 war er zur unbestrittenen Nummer Zwei in Partei und Staat aufgestiegen. Er galt als harter und rücksichtsloser Politiker, der stets dem Moskauer Kurs folgte.²⁴

Wie krisenhaft die Situation im Frühjahr 1953 in der Tschechoslowakei war, hatte sich schon unmittelbar nach Stalins Tod gezeigt. Am 7. März 1953 erfolgte aus Anlaß des Geburtstages von Tomáš G. Masaryk (1850-1937), des ersten Präsidenten der Tschechoslowakei, ein Bombenattentat auf eine Sitzung des KPTsch-Stadtausschusses in Hostinné (Ostböhmen); gleichzeitig tauchten in der Stadt antikommunistische Losungen auf.²⁵ Am 10. April 1953 fand in Prostějov (Mittelmähren) die bislang größte antikommunistische Demonstration mit mehreren hundert Teilnehmern statt. Anlaß war die Entfernung und Zerstörung des Masaryk-Denkmal auf Anordnung des Städtischen Nationalausschusses vom selben Tage; die Demonstration entwickelte sich jedoch schnell zum Ausdruck der allgemeinen Ablehnung des kommunistischen Regimes.²⁶ Beide Ereignisse blieben jedoch isolierte Erscheinungen; der Polizei gelang es schnell, die Initiatoren zu finden. Das gleiche läßt sich über die vereinzelt Streiks sagen, zu denen es in dieser Zeit kam. So konnte sich die neu konstituierte Staats- und Parteiführung auf die Vollendung der wichtigsten Aufgabe konzentrieren, die wie eine unangenehme Erbschaft vor ihr stand: Die Durchführung der Währungsreform.

2. Die Währungsreform in der Tschechoslowakei

Die Vorbereitungen zur Währungsreform verliefen natürlich im Geheimen. Dennoch gelangten immer wieder unbestimmte Informationen an die Öffentlichkeit, daß irgend etwas im Gange ist. Nervosität griff um sich, die Schlangen vor den ohnehin schon halbleeren Geschäften wurden noch länger, und die letzten Warenbestände wurden gehamstert.

Die KP-Führung mußte damit rechnen, daß die Währungsreform auf Widerstand bei der Bevölkerung stoßen würde und bereitete sich entsprechend darauf vor. Der Minister für Staatssicherheit Karol Bacilek gab am 28. Mai 1953 einen Geheimbefehl „über die Sicherstellung einer besonderen Regierungsaktion“ heraus und bereitete konkrete Schritte gegen mögliche Ausbrüche von Unzufriedenheit vor.²⁷ Ähnliche Maßnahmen wurden bei den

23 Vgl. SÚA-AÚV.

24 Vgl. Bericht der österreichischen Botschaft über die Trauerfeierlichkeiten für Gottwald vom 25.3.1953. Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (ÖStA), MMfaA, II-pol. 1953, Karton 250 Ts, Zahl 322 713./pol/53, Fasc. Tsch. 1–3.

25 Vgl. Archiv ministerstva vnitra ČR Praha/Archiv des Innenministeriums der ČR Prag (AMV), Sign. 323–24–5, Stadtausschuß.

26 Vgl. SÚA-AÚV, Bestand 02/5 – Politisches Sekretariat des ZK, Bd. 56, AE 151, Sitzung vom 14.4.1953, Punkt 23. Ferner Bd. 56, AE 156, Sitzung am 19.5.1953, Punkt 5.

27 AMV, Sign. 310–72–31, Maßnahmen zur Ankündigung der Durchführung der Währungsreform 1953.

„Volksmilizen“ (Äquivalent der Kampfgruppen in der DDR) und der Armee durchgeführt. Letztere hatte auch Flugzeuge, Fahrzeuge und einige Einheiten bereitzustellen.²⁸

Das Zentralkomitee der KPTsch beriet erst am 30. Mai 1953 über die Währungsreform. Die Mehrheit der Mitglieder hatte keine Ahnung von dem, was vorbereitet wurde. Sie hatten zwar eine Einladung zum Plenum bekommen, als Hauptpunkt der Tagesordnung war jedoch die „Bewertung der Kreis- und Bezirkskonferenzen“ aufgeführt.²⁹ Mit dem tatsächlichen Programm machte Viliam Široký die ZK-Mitglieder erst an Ort und Stelle bekannt. Dann informierte sie Antonín Zápotocký über die Währungsreform, wobei er ausführte, daß es im Lande einen großen Kaufkraftüberhang gäbe, „der sich zum größten Teil in den Händen des Klassenfeindes, in den Händen der ehemaligen Kapitalisten und Dorfreichen befindet und für die konstante Entwicklung von sozialistischem Handel und Versorgung eine ständige Bedrohung darstellt. [...] Wollen wir den Klassenfeind unschädlich machen, müssen wir seine Möglichkeiten zur Schädlingstätigkeit einschränken, den gefährlichen Kaufkraftüberhang entwerten. Das werden wir mit der Währungsreform tun.“³⁰

Die Sitzung des ZK dauerte nur wenig länger als zwei Stunden. Seine Mitglieder nahmen die Erklärungen der führenden Funktionäre zur Kenntnis, unterstützten sie mit „stürmischem Beifall“ und fuhren wieder nach Hause. Noch am Vormittag billigte die Regierung, von Viliam Široký informiert, den Gesetzentwurf über die Währungsreform, und ab 13 Uhr beschäftigte sich die Nationalversammlung mit dem gleichen Thema. Auch hier legte Viliam Široký den Gesetzentwurf vor und erlangte die Zustimmung.³¹ Noch am gleichen Tag, am Samstag, dem 30. Mai 1953, konnten die Bürger ab 17 Uhr auf allen tschechoslowakischen Rundfunksendern die Erklärung der Regierung und des ZK über die Durchführung der Währungsreform hören. Am folgenden Tag konnten sie in den Sonntagsausgaben der Zeitungen die Einzelheiten nachlesen.

Die Währungsreform beruhte auf folgenden Grundsätzen:

- 1) Die Krone war dem Gesetz zufolge durch Gold gedeckt (1 Krone = 0,123426 g Feingold) und an den Rubel gebunden (1 Rubel = 1,80 Kčs). Danach wurde der Wechselkurs zu anderen Währungen festgelegt.
- 2) Alle bislang gültigen Zahlungsmittel wurden ab sofort durch neue ersetzt, die in der UdSSR gedruckt worden waren. Der Umtauschkurs war nach Höhe der Bar- und Sparbeträge gestaffelt.
- 3) Das Markensystem für Lebensmittel und Industriegüter wurde abgeschafft, es wurde ein einheitlicher Markt für alle Güter eingeführt.
- 4) Zwischen den bisherigen Preisen der einzelnen Güter auf dem gebundenen und auf dem freien Markt wurde ein Ausgleich hergestellt.

28 Vgl. AMV, Sign. 310–72–29, Anweisungen und Befehl des ZK der KPTsch zur Währungsreform; SÚA-AÚV, Bestand 02/5, Bd. 61, AE 164, Sitzung am 21.7.1953, Punkt 17e: Bericht über die Teilnahme der Armee bei der Sicherung der Durchführung des Beschlusses der tschechoslowakischen Regierung und des ZK der KPTsch über die Währungsreform und die Abschaffung des Markensystems. Vgl. Jiří Bilek, *Československá armáda a měnová reforma 1953*, in: *Historie a vojenství* 44 (1995), S. 66–91.

29 SÚA-AÚV, Bestand 01, Bd. 20, AE 33, Protokoll der Sitzung des ZK der KPTsch am 30.5.1953.

30 Ebd.

31 Vgl. Zdeněk Jirásek/Jaroslav Šůla, *Velká peněžní loupež v Československu 1953 aneb 50:1*, Praha 1992.

- 5) Die Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte wurden korrigiert sowie ein Teil der Löhne, sozialen Unterstützungszahlungen und Steuerbelastungen angepaßt.
- 6) Altguthaben bei den Banken, Versicherungen und Wertpapiere, die bei der Währungsreform 1945 eingefroren worden waren, wurden annulliert.
- 7) Ebenfalls annulliert wurden sämtliche staatlichen Schuldpapiere, einschließlich der nach 1945 herausgegebenen.

Die Bevölkerung interessierte sich verständlicherweise am meisten für den Umtausch von Altwährung in Neuwährung: Der größte Teil der Bevölkerung durfte bis zu 300 alte Kronen zum Kurs 5:1 umtauschen, den Rest zum Kurs 50:1. Sparguthaben wurden gestaffelt umgerechnet, von 5:1 (bis zu 5 000 Kronen) bis 30:1 (über 50 000 Kronen hinausgehende Beträge). Einlagen, die erst nach dem 15. Mai 1953 erfolgt waren, wurden 50:1 umgerechnet.³²

Durch die Währungsreform war der Staat auf einen Schlag wesentlich reicher geworden; dank der Liquidierung von Sparguthaben, eingefrorenen Guthaben und Lebensversicherungen konnte er 14 Milliarden Kronen einstreichen und so einen Teil der gigantischen Staatsverschuldung tilgen.³³ Mit diesem „großen Geldraub“, wie die westliche Presse die tschechoslowakische Währungsreform charakterisierte, löste das kommunistische Regime nicht nur seine unmittelbaren wirtschaftlichen Probleme, sondern schuf sich sogar eine ausreichende finanzielle Reserve und Raum für soziale Maßnahmen in der näheren Zukunft.

3. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Währungsreform

Die Folgen der Währungsreform und der Übergang auf den einheitlichen Markt traf den Großteil der Bevölkerung. Von der ungünstigen Umrechnung der Ersparnisse waren fast alle Bürger betroffen. Die Reform entwertete sowohl die Ersparnisse der angeblichen „Reste der Ausbeuterklassen“ wie auch der Kleinsparer, die sich ihre Guthaben meist nach 1948 erarbeitet hatten. Durch die Abschaffung des Markensystems verloren nicht nur bisher präferierte Berufsgruppen zahlreiche Vorteile, sondern auch die Kinder. Zum am schlimmsten betroffenen Personenkreis gehörten Familien mit mehreren Kindern; den Übergang zum einheitlichen Markt begleitete ein Anstieg der Preise.³⁴ Die Währungsreform hatte also ein Sinken des Realeinkommens der Bevölkerung zur Folge, was erhebliche Unzufriedenheit hervorrief. Hinzu kam, daß einige Betriebe die Anweisung, die Löhne schon am 20. Mai auszuzahlen, ignoriert hatten. Als die Beschäftigten ihr Geld am Monatsende erhielten, hatten sie keine Zeit mehr, es auszugeben und verloren es somit. Das mußte Verbitterung hervorrufen.³⁵

Der 30. und 31. Mai 1953, als die Menschen zu Hause von der Währungsreform erfuhren, verliefen im großen und ganzen ruhig. Als sie jedoch am Montag zur Arbeit kamen, begannen sie, über die Angelegenheit zu diskutieren und ihrem Unmut Luft zu machen. Die

32 Vgl. ebd., S. 86–89.

33 Vgl. SÚA-AÚV, Bestand 02/5, Bd. 64, AE 175, Sitzung des Politischen Sekretariats des ZK am 17.9.1953, Punkt 4: Bericht über die Währungsreform und ihre Abrechnung.

34 Musilová, Währungsreform, S. 22.

35 Die späte Lohnauszahlung und der nachfolgende Umtausch gaben Anlaß zu Streiks in mehreren Betrieben. Siehe Musilová, Währungsreform, S. 38–39.

Situation spitzte sich zu. Die Versammlungen, die in den Produktionshallen und Fabrikhöfen stattfanden, gingen vielerorts in spontane Streiks über, von denen in den kritischen Tagen der Währungsreform insgesamt 130 registriert wurden.³⁶

In einigen Städten ging die Unzufriedenheit über den Rahmen der Betriebe hinaus und manifestierte sich auf der Straße. Zu Demonstrationen gegen die Währungsreform und letztendlich gegen das kommunistische Regime kam es in Strakonice, Vimperk, Bohumín, Orlová und Ostrau.³⁷ Die größten Demonstrationen fanden jedoch in Pilsen statt, wo die unzufriedenen Bürger sogar für kurze Zeit die Stadt beherrschten, einschließlich des Rathauses und des Stadtrundfunks, aus dem Protest gegen die Währungsreform, Hochrufe auf die Präsidenten Masaryk und Beneš sowie Rufe nach Freiheit erschallten. Mit dem Einsatz von bewaffneten Einheiten des Grenzschutzes, Verstärkungen der Armee, der Volksmilizen und der Polizei aus Prag gelang es den Kommunisten in den Abendstunden des 1. Juni 1953, die Stadt wieder unter ihre Kontrolle zu bringen.³⁸ Auf die gleiche Weise beruhigten die Ordnungskräfte die Situation auch in anderen Orten.

In den nachfolgenden Wochen wurden Personen verhaftet, die sich an den Streiks und Demonstrationen beteiligt hatten. Am meisten waren es in Pilsen, wo es sich um etwa 650 Personen handelte,³⁹ in Ostrau, wo 84 Personen in die Hände der Staatssicherheit fielen und in Prag, wo die Polizei 61 Personen verhaftete. Verhaftungen gab es aber auch in kleineren Städten wie z. B. Strakonice (18 Verhaftungen) oder Vimperk (9 Verhaftungen). Darauf folgte eine Welle von Gerichtsprozessen, die meisten davon natürlich in Pilsen. In der Zeit vom 13. bis zum 22. Juli fanden am Bezirksgericht in Pilsen 14 Prozesse statt, in denen 331 Personen verurteilt wurden.⁴⁰ Daneben rollte eine Welle außergerichtlicher Verfolgungen gegen verdächtige Personen durch das Land: Es erfolgten Entlassungen aus den Betrieben, Kündigungen des Mietverhältnisses oder gar Umsiedlungen an einen anderen Ort.

Das kommunistische Regime war auf die ablehnende Reaktion einiger Gruppen der Bevölkerung auf die Währungsreform durchaus vorbereitet. Die spontane und massenhafte Volkserhebung, wie gerade in Pilsen, überraschte dennoch und konnte nicht im Keim erstickt werden. Eine besonders unangenehme Überraschung war die große Zahl von ablehnenden Stimmen aus den Reihen der KPTsch-Mitglieder. Sie gaben ihrer Ablehnung verbal, durch die Rückgabe der Mitgliedsausweise, der Abbestellung der Parteipresse und sogar durch die Teilnahme an den Demonstrationen Ausdruck.⁴¹

36 Vgl. AMV, Sign. 310–72–30, Überblick über die Zahl der Streiks und ihre Gründe im Verlauf der Währungsreform. Siehe auch: Karel Kaplan/Jana Váchová, *Perzekuce po měnové reformě v Československu v roce 1953*. Dokumenty, Praha 1993.

37 Vgl. SÚA-AÚV, Bestand 02/5, Bd. 61, AE 164, Sitzung des Politischen Sekretariates am 21.7.1953, Punkt 14c: Durchführung öffentlicher Gerichtsverhandlungen mit einer Gruppe von Provokateuren und Organisatoren staatsfeindlicher Demonstrationen und Provokationsstreiks im Ostrauer Bezirk.

38 Vgl. Jirásek/Šůla, *Velká peněžní loupež*, S. 100–102. Vgl. SÚA-AÚV, Bestand 02/5, AE 160, Sitzung des Politischen Sekretariats am 23.6.1953, Punkt 18: Vorschlag für einen öffentlichen Prozeß mit den Initiatoren der staatsfeindlichen provokatorischen Demonstration in Pilsen; ebd., Bd. 62, AE 167, Sitzung des Politischen Sekretariats am 5.8.1953, Punkt 13: Bericht über die Untersuchung der Ereignisse am 1. Juni 1953 in Pilsen und Entwurf einer Resolution des ZK der KPTsch.

39 Vgl. Ivan Martinovský, *Plzeňské události roku 1953*, in: *Plzeňské noviny*, 1.6.1990 und 8.6.1990.

40 Jirásek/Šůla, *Velká peněžní loupež*, S. 134–140; vgl. Štěpánek, Zdeněk: *Utajené povstání 1953*, Praha 1993.

41 Vgl. Jirásek/Šůla, *Velká peněžní loupež*, S. 134–140.

Intern schloß die KPTsch die mit der Währungsreform verbundenen Angelegenheiten am 11. Juni mit einer Konferenz auf der Prager Burg ab, an der die führenden Bezirksfunktionäre, die ZK-Sekretäre der KP der Slowakei und führende Vertreter der Massenorganisationen teilnahmen. Die Hauptrede hielt Antonín Zápotocký, der seinen Ruf als „harter und rücksichtsloser Mann“ bestätigte. Er charakterisierte die Währungsreform als „schwere Prüfung“ für die Partei, die sie mit Bravour bestanden habe. Er kritisierte jedoch auch zahlreiche Organisationsmängel, die seiner Meinung nach den Verlauf ernsthaft gefährdet hätten. Er verurteilte die verspätete Lohnauszahlung und fügte drohend hinzu, „daß über Anordnungen und Beschlüsse nicht diskutiert wird. Anordnungen und Beschlüsse der Partei haben durchgeführt zu werden.“ Er erkannte zwar an, daß sich die Arbeiter wegen zahlreicher Mängel der Reform vielerorts geschädigt fühlen konnten, jedoch könne „das Erzwingen einer gerechten Forderung zu einer staatsfeindlichen Tat werden, falls [...] die Arbeiter die Erfüllung dieser Forderung mit Streiks und Demonstrationen, zu denen sie sich mit der Reaktion verbünden, erreichen wollen [...]“. Er verurteilte die Streiks der letzten Tage ohne Wenn und Aber und erklärte, es sei „Sache der Gewerkschaftsorganisation, den Arbeitern einzuhämmern, daß Arbeiter ohne die Gewerkschaftsorganisation nicht in den Streik treten dürfen. Ähnliche Aktionen haben wir nie geduldet.“ In diesem Zusammenhang rief er die Anwesenden auf, gegen Arbeiter, die gegen die KPTsch aufgetreten seien, hart und ohne Mitleid vorzugehen: „Wir dürfen nicht denken, daß dem Arbeiter alles erlaubt ist, und [müssen] einen Arbeiterkult formen.“ Er sprach über die Notwendigkeit, die Arbeiter von der Richtigkeit der kommunistischen Politik zu überzeugen, aber nur in gewissen Maßen. „Sobald der Arbeiter auf der Seite des Klassenfeindes auftritt, gebe ich mir keine Mühe mehr, ihn zu überzeugen. In diesem Falle mache ich ihm seine Tätigkeit unmöglich.“

Zápotocký lehnte alle Kompromisse und Rückzieher ab: „Wir haben alle Gründe dafür, eine starke Hand zu zeigen“, und fügte gleich hinzu, wie er sich das vorstellte: „Mitgliederüberprüfungen vornehmen, Schlüsse ziehen, auch nicht vor Kaderauswechselungen Halt machen [...], keine allgemeine Amnestie erlassen, versäumte Schichten und Stunden nicht bezahlen.“⁴²

Es handelte sich nicht um leere Drohungen. In der KPTsch fand in den folgenden Monaten tatsächlich eine Bewertung des Standpunktes eines jeden Mitgliedes zur Währungsreform statt, und die Beurteilung wurde in den Personalakten vermerkt. In einigen Fällen kam es so zu Entlassungen von Arbeitern und Angestellten oder wenigstens zur Zwangsversetzung an einen anderen Arbeitsplatz, in vielen Fällen folgte ein Ausschluß aus der Gewerkschaft. Die Säuberungen erreichten jedoch nicht das Ausmaß und die Intensität, die Zápotocký vorschwebte. Daran hinderte ihn die ablehnende Haltung der KPdSU, die sich fürchtete, daß eine Massensäuberung zu neuen Komplikationen der innenpolitischen Lage der Tschechoslowakei führen könnte.⁴³

In Zápotockýs Rede ertönten jedoch auch pragmatische Worte, die davon zeugten, daß er sich über die Schwächen der kommunistischen Politik Gedanken machte: Er sprach über Organisationsmängel in der Wirtschaft, über die Aufblähung des administrativen Apparats,

42 SÚA-AÚV, Bestand 018 – Antonín Zápotocký, AE 110. Das Protokoll der Rede ist auch bei Musilová, Währungsreform, S. 123–138, abgedruckt.

43 Vostočnaja Evropa v dokumentoch rossijskich archivov 1944–1953, Teil II, 1949–1953, Moskau 1998: Dokument vom 6.7.1953. Vgl. auch Begleitschreiben des sowjetischen Botschafters in Prag, A. Bogomolow, an Außenminister Molotow zur Übersetzung des Beschlusses der tschechoslowakischen Regierung und des Politischen Sekretariates vom 26.6.1953, datiert vom 27.6.1953.

über den Kampf gegen Absentismus und Fluktuation, über den schlechten Zustand vieler Branchen der Volkswirtschaft und die Mängel in ihrer Lenkung.⁴⁴

4. Der „Neue Kurs“

In der Periode unmittelbar nach Stalins Tod setzte sich in der sowjetischen Parteiführung zunächst Berija durch, der im Kampf um die Macht mit Erfolg die Enthüllung der jüngsten Vergangenheit als Waffe einsetzte. Er trat als einer der ersten Kritiker Stalins auf; auf seine Initiative hin gab das Präsidium des Obersten Sowjets schon am 27. März 1953 den Beschluß „Über die Amnestie“ heraus, dank dessen etwa eine Million Häftlinge, die zu Haftstrafen kürzer als fünf Jahren verurteilt worden waren, entlassen wurden. Ebenfalls auf Berijas Initiative hin verurteilte das Präsidium des ZK der KPdSU am 3. April 1953 die inszenierte „Ärzteverschwörung“ als Ergebnis „größter Verletzung der sowjetischen Gesetze“. Mit seinem Namen verband sich das Bestreben um eine Erweiterung der Vollmachten des Ministerrates der UdSSR und eine Einschränkung der Rolle des Parteiapparates. Berija war jedoch mit seiner Vergangenheit, mit der Macht, die er in seinen Händen konzentrierte, und mit seinen Ambitionen zu gefährlich für alle Mitglieder der sowjetischen Parteiführung zusammen, gar nicht zu reden vom Einzelnen. Das bewirkte schließlich seinen Sturz.

Berijas Verhaftung am 26. Juni 1953 zwang die Führung des Landes, Prioritäten in der Innenpolitik zu setzen. Dazu gehörte Kritik an Stalins Persönlichkeit, mit der Chruschtschow und Malenkov offiziell vor das Juniplenum des ZKs der KPdSU traten, und die Verurteilung der „unbegründeten Repressionen“, für welche die Verantwortlichkeit auf Berija abgewälzt wurde, der schließlich zur Personifikation der Gesetzlosigkeit hochstilisiert wurde.⁴⁵

Gleichzeitig nahm die sowjetische Führung Veränderungen in der Wirtschaftspolitik vor. Ab Mai 1953 betonte sie – im Gegensatz zur bisherigen Stalinschen Konzeption des vorrangigen Aufbaus der Schwerindustrie – das „Recht des sowjetischen Volkes auf gut hergestellte, qualitativ hochwertige Konsumgüter“ und legte die Betonung auf die Entwicklung der Leichtindustrie. Auch die Landwirtschaft blieb nicht unbeachtet: Der „neue Standpunkt zum individuellen landwirtschaftlichen Wirtschaften“ gab der privaten Gartenwirtschaft viel mehr Freiraum. Der sowjetische Ministerratsvorsitzende Malenkov verkündete in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet am 8. August 1953 offiziell ein Programm zur Konsumgüterproduktion, das er als „Neuen Kurs“ bezeichnete.⁴⁶ Dieser Begriff setzte sich schrittweise als allgemeine Bezeichnung für die Forderung nach Veränderungen der politischen Praxis der sowjetischen Partei- und Staatsorgane durch mit deren Hilfe das Land aus der wirtschaftlichen und politischen Krise der späten Stalin-Ära herausgeführt werden sollte.⁴⁷

Der „Neue Kurs“ blieb keineswegs auf die Sowjetunion beschränkt, sondern fand auch Widerhall in einigen anderen europäischen kommunistischen Staaten. Dazu gehörte z. B. die DDR, die im Frühling und Sommer 1953 schweren Erschütterungen ausgesetzt war. Auch

44 SÚA-AÚV, Bestand 018 – Antonín Zápotocký, AE 110.

45 Vgl. Pichoja, O vnutropoliticheskoj bor'be, S. 9.

46 Wolfgang Leonhard, Kreml ohne Stalin, Köln 1959, S. 122f.

47 Vgl. Pichoja, O vnutropoliticheskoj bor'be, S. 7–8.

hier machte sich Unzufriedenheit mit den schlechten Lebensbedingungen breit, und die Veränderungen, zu denen es in der UdSSR kam, riefen Hoffnungen auf eine Lockerung des Besatzungsregimes wach. Die sowjetische Führung hatte tatsächlich Interesse an einer Stabilisierung der Verhältnisse in der DDR und empfahl den dortigen Führern schon Ende Mai/Anfang Juni eine Liberalisierung der Politik, eine Tempomäßigung beim Aufbau des Sozialismus und eine Verlangsamung der Kollektivierung der Landwirtschaft.⁴⁸ Die Tatsache, daß die Regierung die Stimmung in der Bevölkerung ignorierte und eine Festigung der Normen beschloß, rief eine Welle des Protests hervor. Hunderttausende gingen auf die Straße, und die Regierung verlor die Kontrolle. Erst durch das Eingreifen der in Deutschland stationierten sowjetischen Armee-Einheiten konnte die Lage beruhigt werden.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes empfahlen sowjetische politische und militärische Führer der DDR-Führung ein gemäßigtes Vorgehen. Die Aburteilung der Verhafteten wurde zwar offiziell als innere Angelegenheit der DDR bezeichnet, aber der sowjetische Hochkommissar Semjonow sollte Massenrepressalien gegen normale Demonstrationsteilnehmer verhindern. Die sowjetische Regierung hatte ein Interesse an einer Beruhigung der Situation im Lande und forderte die Anwendung der Grundsätze des „Neuen Kurses“. Die neue sowjetische Politik stieß bei einem Teil der SED-Funktionäre auf Sympathie.⁴⁹ Die DDR-Regierung erklärte die Unruhen im Lande zwar zu einem Werk westlicher Imperialisten, gleichzeitig ergriff sie aber im sozialen und wirtschaftlichen Bereich Maßnahmen, die sich schrittweise zu einer neuen Wirtschaftspolitik herauskristallisierten.

Eine offene Krise des stalinistischen Regimes brach 1953 auch in Ungarn aus. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten kreuzten sich mit politischen, und die ungarische Regierung war sich ähnlich wie die sowjetische der Dringlichkeit ihrer Lösung bewußt. Deswegen fuhr vom 13. bis 16. Juni eine ungarische Delegation nach Moskau, wo sie Gespräche mit leitenden Vertretern der KPdSU führte.

Die sowjetische Führung griff die bisherige ungarische Politik an und forderte grundlegende Veränderungen: Eine Revision der bisherigen Landwirtschaftspolitik, die eine schnelle Kollektivierung auch mit gewaltsamen Mitteln zum Ziel hatte und eine Verlangsamung des Industrialisierungstempos; Rákosi persönlich warfen die Sowjets einen autoritären Führungsstil und einen wesentlichen Anteil an den jüngsten politischen Prozessen vor.

Rákosi, als Generalsekretär der Ungarischen Partei der Arbeit und Regierungschef, der die Delegation anführte, wehrte sich gegen diese Kritik mit Hinweis darauf, daß er nur die Befehle Moskaus ausgeführt habe, aber Chruschtschow und Berija lehnten es ab, über ihre Standpunkte zu diskutieren. Vor allem Chruschtschow bestand auf Personalveränderungen in der Partei- und Staatsführung und empfahl, diejenigen Persönlichkeiten zu opfern, die sich bei der Vorbereitung der politischen Prozesse am meisten kompromittiert hatten. Die Verhandlungen endeten selbstverständlich damit, daß die ungarische Seite alle sowjetischen Forderungen akzeptierte. In Moskau wurde eine neue ungarische Staats- und Parteiführung zusammengestellt, und die Ungarn akzeptierten auch den Vorschlag einer Ämterteilung für die höchsten Funktionen.⁵⁰

48 Christian F. Ostermann (Hg), *The Post-Stalin Succession Struggle and the 17 June Uprising in East Germany: The Hidden History*, The Cold War International History Project and the National Security Archive Washington, D.C., 1996.

49 Vgl. ebd. Vladimír Nálevka, *Kapitoly z dějin studené války I*, Praha 1997, S. 105–106.

50 Vgl. Ostermann, *Succession Struggle*, Dokument Nr. 13; Nálevka, *Kapitoly*, S. 107. Vgl. den Beitrag von Janos Rainer in diesem Band.

Nach der Rückkehr der ungarischen Delegation nach Budapest wurde für den 27. und 28. Juni 1953 eine Sitzung des ZK der Ungarischen Partei der Arbeit einberufen, auf dem die höchsten Funktionen in Partei und Staat geteilt wurden. Generalsekretär der Partei blieb Mátyás Rákosi, während Imre Nagy, der während der Moskauer Verhandlungen stets die sowjetischen Standpunkte unterstützt hatte, neuer Regierungschef wurde.⁵¹ Er versuchte nun zusammen mit einigen Gesinnungsgenossen, in Ungarn die Grundsätze des „Neuen Kurses“ zu verwirklichen.

Die Ereignisse in der DDR und in Ungarn waren keine zufällige Erscheinung. Sie spiegelten einerseits die krisenhafte Situation wider, in der sich beide Länder befanden, andererseits die Krise des gesamten europäischen kommunistischen Blocks. Davon blieb auch die Tschechoslowakei nicht unberührt, auf welche die Ereignisse in beiden Ländern starken und unmittelbaren Einfluß ausübten.

5. Der Versuch des „Neuen Kurses“ in der Tschechoslowakei

Die tschechoslowakische Öffentlichkeit verfolgte aufmerksam die Ereignisse in der DDR. Die Führung des Landes erfuhr aus den internen Informationsbulletins der KPTsch zumindest teilweise etwas über die Haltung der Öffentlichkeit.⁵² Unter dem Datum „18. Juni 1953“ vermerkte das Bulletin, daß „man viel darüber spricht, daß in der DDR eine Wende stattfindet, die auch bei uns eintreten muß, daß eine Veränderung hin zur langsamen Sozialisierung des Dorfes kommen wird, ferner, daß in Berlin Revolution ist, daß gegen die Menschen Waffen angewendet wurden“. Einen Tag später berichtete das Bulletin, daß unter den Bauern „die Ansicht vorherrscht, daß in der DDR der Boden den Bauern zurückgegeben wird, die Genossenschaften aufgelöst werden und daß es auch bei uns so kommen wird“. Noch am 1. Juli berichtete das Bulletin in der Gesamtbeurteilung, daß es „mancherorts zu vereinzelt Provokationen kam, besonders unter den Bewohnern deutscher Nationalität gibt es viele Unklarheiten, aus den Kreisen kommen schon Berichte darüber, daß die Austritte aus den JZD [=LPG] zunehmen; insgesamt haben die Berichte aus der DDR die Bevölkerung nicht ins Wanken gebracht, nur einige Bauern, die aus den JZD austreten und auch einen Teil der Bürger deutscher Nationalität“. In den folgenden Tagen tauchen im Informationsbulletin der KPTsch ständig Berichte über das Echo auf die Ereignisse in der DDR auf, ihre Zahl nimmt jedoch ab, und es kommen immer mehr Berichte über die positive Reaktion der tschechoslowakischen Öffentlichkeit auf die Veränderungen in Ungarn.

Unter dem Eindruck der Entwicklung in den Nachbarstaaten unternahm die politische Führung der Tschechoslowakei die ersten schüchternen Schritte zu einer Abkehr von der bisherigen Linie der „harten Hand“ – eine weitere Etappe der Aussiedlung „feindlicher Elemente“ aus den Städten wurde nicht mehr verwirklicht und schon vorbereitete neue Angriffe gegen die katholischen Orden wurden eingestellt.⁵³

Die Zahl der Gründe, die schließlich auch in der Tschechoslowakei zu einer Veränderung der politischen Linie führen sollten, nahm zu. Die Führungsspitze erhielt Informationen über

51 Vgl. Nálevka, Kapitoly, S. 107.

52 Vgl. SÚA-AÚV, Bestand 014/12, Informationsbulletins der KPTsch.

53 Karel Kaplan, Akce K – Likvidace klášterů v roce 1950. Dokumenty a přehledy. I. část, Praha 1993.

sich häufende Austritte aus den JZD und begann, sich der Probleme der tschechoslowakischen Volkswirtschaft bewußt zu werden. Die wichtigste Rolle spielten jedoch außenpolitische Faktoren – die Ereignisse in Ungarn und der DDR. Grundlegende Bedeutung für die tschechoslowakische Politik hatte natürlich die Entwicklung in der Sowjetunion, und die sprach für eine Veränderung.

Davon konnte sich Antonín Zápotocký persönlich überzeugen. Ebenso wie die ungarischen Genossen mußten auch die tschechoslowakischen Führer Moskau besuchen und dort ihre Politik beraten. Die Reise fand in der ersten Junihälfte des Jahres 1953⁵⁴ statt, und die sowjetische Führung unterzog dabei die tschechoslowakische Partei einer strengen Kritik. Sie empfahl die Einrichtung von sieben Fachkommissionen, welche die „Hauptlinien unserer Wirtschaft, der baulichen und nichtbaulichen Investitionen, der Landwirtschaft, der Produktion und des Verkaufs von Konsumgütern, des [Produkt-]Aufkaufs und der Investitionen in die Zivilverteidigung“ untersuchen, Berichte über den tatsächlichen Stand dieser Branchen und Verbesserungsvorschläge ausarbeiten sollte. Es ist bemerkenswert, daß diese Reise der tschechoslowakischen Delegation – obwohl es sich gleichzeitig um die erste Reise des frisch gewählten Präsidenten in seiner neuen Funktion nach Moskau handelte – streng geheimgehalten wurde und in der Tagespresse mit keinem Wort erwähnt wurde, obwohl man es anders erwarten sollte.⁵⁵

Obwohl wir über den Verlauf der Moskauer Verhandlungen keine genauen Informationen haben, können wir aus den Zusammenhängen schließen, daß die sowjetische Führung die tschechoslowakischen Partner zu einer Änderung der Linie und zu größerer Flexibilität in der Frage des Lebensstandards der Bevölkerung und der Kollektivierung der Landwirtschaft angehalten hat.⁵⁶ Das zeigte sich in einer Reihe von öffentlichen Erklärungen, die Antonín Zápotocký in der Folgezeit abgab. Am bekanntesten ist die Rede, die er am 1. August am Klíčava-Stausee hielt: Er sprach sich gegen administrativen Druck zum Eintritt in die JZD aus und sagte, daß die Regierung und die KPTsch niemanden daran hindern würden, die JZD zu verlassen.

Schon am 30. Juli hatte sich das Politische Sekretariat mit dem Material befaßt, das die auf sowjetische Weisung hin aufgestellten Fachkommissionen erarbeitet hatten. Das Referat trug Vizepremier Jaromír Dolanský vor. Aus dem vorliegenden Protokoll der Diskussion geht hervor, daß die Teilnehmer bei der Bewertung des Berichts ungewöhnlich kritisch waren und selbstkritische Meinungen vortrugen. Der Bericht selbst gefiel ihnen jedoch nicht, sie genehmigten ihn nicht und beschlossen, daß er überarbeitet werden müsse. Novotný sollte den Bereich Partei und Politik betreuen, Široký die Wirtschaftsproblematik;

54 Vgl. SÚA-AÚV, Bestand 02/5, Bd. 63, AE 172, Sitzung des Politischen Sekretariates am 29.8.1953, Punkt 1: Bericht der Delegation und sich daraus ergebende Maßnahmen.

55 Der Termin der Reise und die genaue Zusammensetzung der tschechoslowakischen Delegation konnte bisher nicht eruiert werden, ebensowenig wie Inhalt und Verlauf der Verhandlungen. Antonín Zápotocký gab am 16. Juli vor dem ZK-Präsidium nur einen mündlichen Bericht ab, dessen Inhalt nicht überliefert ist. Fest steht nur, daß das ZK-Präsidium „den Bericht über die Beratungen in Moskau zusammen mit der Kritik und den Empfehlungen der sowjetischen Genossen“ genehmigte. SÚA-AÚV, Bestand 02/1, Bd. 36, AE 335, Protokoll der Sitzung des ZK-Präsidiums am 16.7.1953. Wie die sowjetische Führung die Entwicklung in der ČSR beurteilte, siehe Anm. 43.

56 So sieht es auch Karel Kaplan, Mocní, S. 52–53.

dann sollte er zwecks Begutachtung nach Moskau geschickt werden. Auf der nächsten ZK-Sitzung sollte ihn dann Zápotocký als Grundsatzreferat vortragen.⁵⁷

6. Die „Augustthesen“

Das Politische Sekretariat traf sich am 2. August 1953 zu einer außerordentlichen Sitzung in Lány, dem Sommersitz der tschechoslowakischen Präsidenten, um die überarbeitete Fassung des Berichts zu beraten. Der Bericht wird üblicherweise als „Augustthesen“ bezeichnet und hat für die weitere Entwicklung große Bedeutung. Die „Augustthesen“ waren der erste Versuch einer kritischen Bewertung der tschechoslowakischen Wirtschaft zu Beginn der fünfziger Jahre, der Versuch einer Zusammenfassung der Erfolge und Mißerfolge der Wirtschaftspolitik der KPTsch und auch der Versuch einer Benennung der Gründe. Die Autoren sprachen zum ersten Mal nicht nur über die Erfolge „beim Aufbau des Sozialismus“, sondern auch über Fehlschläge und „ernste Fehler“.

Sie konstatierten, daß die Regierung bei der Entwicklung einiger Industriezweige ein zu rasantes Tempo vorgelegt habe, das die realen Möglichkeiten des Staates überstiegen habe. Dabei sei die Entwicklung der Leicht- und Lebensmittelindustrie und der Landwirtschaft vernachlässigt worden. Ohne Rücksicht auf die beschlossenen Ziele des Fünfjahresplanes habe man 1951 die Planaufgaben erhöht, was zu Disproportionen zwischen der Rohstoffbasis und der Industrie geführt habe. Es sei zu einer Verletzung des Grundsatzes der Steigerung des materiellen und kulturellen Niveaus der Werktätigen gekommen. Die Thesen belegten, daß der individuelle Verbrauch, die Ausgaben für Kultur und sogar die Löhne gesunken, die Preise hingegen gestiegen waren. Besondere Aufmerksamkeit widmeten sie der Landwirtschaft. Sie konstatierten die allgemein bekannte Tatsache, daß die Bauern mit Gewalt zum Eintritt in die Genossenschaften gezwungen worden seien. Dies habe wiederum zur Schädigung der Interessen der Klein- und Mittelbauern geführt, die entscheidend für die Versorgung des Marktes seien. Es wurde zudem angeführt, daß zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts bereits mehr als 10 000 Bauern um Austritt aus den JZD nachgesucht hätten.

Einen kritischen Standpunkt nahmen die „Augustthesen“ auch bei der Bewertung der Beziehungen des Staates zur Kirche ein. Der Staat habe „keine Überzeugungsarbeit geleistet, sondern zu administrativen Maßnahmen gegriffen“, wie im Falle der Auflösung der Frauenorden. In diesem Zusammenhang gestand man Verletzungen der sozialistischen Gesetzmäßigkeit und ungenügende Respektierung der persönlichen Freiheit ein, die Schuld dafür schob man freilich Slánský und dem „Agenten Berija“ zu. Die Thesen sprachen auch von einem aufgeblähten Staatsapparat und einem niedrigen Niveau seiner Arbeit. Vor allem die Nationalausschüsse, die nicht auf Wahlen zurückgingen, wurden einer strengen Kritik unterzogen, weil sie deshalb „keine Verantwortlichkeit gegenüber den Wählern fühlten, sich nicht auf das Volk stützten“.

Nach der Aufzählung der Mängel folgte ein Entwurf von Maßnahmen zur Verbesserung. In erster Linie legte der Entwurf die Betonung auf eine Verbesserung der Versorgung mit

57 Vgl. SÚA-AÚV, Bestand 02/5, Bd. 61, AE 166, Sitzung des Politischen Sekretariats am 30.7.1953, Punkt 1: Behandlung der Vorschläge für die Sitzung des ZK der KPTsch.

Lebensmitteln und Konsumgütern und sprach über die Notwendigkeit, Ende des Jahres die Preise zu senken und die Dienstleistungen zu verbessern. Er empfahl, das geplante Investitionsvolumen in der Industrie für 1953 zu senken, hingegen die Investitionen im Wohnungsbau zu steigern und mit dem Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern zu beginnen. Ferner sprach er über die Notwendigkeit größerer Investitionen in landwirtschaftlichen Projekten und von Krediten an die JZD. Erfolgreichen Genossenschaften und Privatbauern sollte die Landwirtschaftssteuer ermäßigt werden, bei Genossenschaften mit niedriger Produktivität sollte die Kreditrückzahlung verschoben werden. Die Anwerbung von Arbeitskräften für die Industrie auf dem Lande war sogar gänzlich einzustellen. Sogar an die privat wirtschaftenden Klein- und Mittelbauern war gedacht worden: Sie sollten durch die Maschinen- und Traktorenstationen unterstützt werden sowie Hilfen in Form von Saatgut- und Düngelieferungen erhalten.

Schließlich enthielten die „Augustthesen“ einen Entwurf von Direktiven für die Aufstellung des Planes für 1954 und sprachen über die Einberufung des X. Parteitages der KPTsch, über die Abhaltung von Wahlen zu den Nationalausschüssen noch im Jahre 1953 und zur Nationalversammlung im Oktober 1954.

Die „Augustthesen“ gingen von ausführlichen Analysen der Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbranchen in den vergangenen fünf Jahren aus. Die Analysen stammten von den zuständigen Abteilungen des Staatlichen Planungsamtes, und Novotný und Široký gaben ihnen nur noch den richtigen ideologischen und politischen Anstrich. Die Thesen als Ganzes wurden in Lány nicht genehmigt und auch nicht veröffentlicht. Die Probleme, welche die KP-Führung für am dringendsten hielt, wurden in Anträgen für Einzelbeschlüsse verarbeitet, über die das Politische Sekretariat am 24. August 1953 beriet. Es genehmigte die Bitte an die Sowjetunion um Hilfe bei der Verbesserung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Entwürfe für Maßnahmen zur Festigung und Entwicklung der JZD, die Erhöhung der Aufkaufpreise für einige landwirtschaftliche Produkte, die Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Landbevölkerung mit Lebensmitteln und auch einen Beschluß über die Umbildung der Regierung.⁵⁸

Gerade das Schicksal der „Augustthesen“ zeigt die Unfähigkeit der KPTsch-Führung, die anstehenden Probleme komplex zu lösen. Die durchgeführte Analyse und die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Lage enthüllten die Schwächen des damaligen Regimes in der Tschechoslowakei und seine Mängel, die bis zu den Wurzeln reichten. Wollte sie die Führung konsequent bekämpfen, hätte sie die gesamte bisherige Generallinie der KPTsch und eigentlich alles, was seit der Machtübernahme im Februar 1948 geschehen war, in Zweifel ziehen müssen. Und das war undenkbar: Die Lösung fand man statt dessen in der Erklärung, daß die Generallinie richtig sei und daß nur bei ihrer Umsetzung Fehler geschehen seien, die man schrittweise beseitigen und wiedergutmachen müsse.⁵⁹

Den Text der „Augustthesen“ legte eine Delegation, bestehend aus Antonín Zápotocký, Antonín Novotný und Viliam Široký, persönlich in Moskau vor. Auch über diese geheime Reise wissen wir kaum etwas – nicht einmal das genaue Datum (zwischen dem 24. und 29. August 1953) ist bekannt. Ebenfalls fehlt ein Bericht über den Verlauf der Moskauer Verhandlungen, denn die Delegationsmitglieder berichteten darüber nur mündlich. Die Atmo-

58 SÚA-AÚV, Bestand 02/5, Bd. 63, AE 170.

59 Über die „Augustthesen“ detailliert: Karel Kaplan, *Československo v letech 1953–1966*, 3. část: *Společenská krize a kořeny reformy*, Praha 1992, S. 11–12. – Der Text, auf den sich Kaplan beruft, war bei den Recherchen zu diesem Beitrag 1997 im SÚA nicht zu finden.

sphäre in Moskau war in diesen Tagen von der Rede Malenkows gezeichnet, der am 8. August vor dem Obersten Sowjet das neue Programm der vorrangigen Versorgung mit Konsumgütern verkündet hatte.⁶⁰ Zweifellos war das auch das Leitmotiv in den Verhandlungen der KPTsch-Führung mit den sowjetischen Politbüromitgliedern.⁶¹

Die sowjetische Führung reagierte auf die „Augustthesen“ mit einem Brief, in dem sie die Tatsache kritisierte, daß die „materielle Sicherstellung der Arbeiter“ in der Tschechoslowakei gegenüber 1950 um 20 Prozent gesunken sei und empfahl eine Korrektur innerhalb der nächsten zwei Jahre. Ebenfalls kritisierte sie, daß die materiellen Bedingungen der Genossenschaftsbauern schlechter seien als die der privat wirtschaftenden Bauern. Die Führung der KPdSU war auch mit einigen politischen Passagen unzufrieden, vor allem damit, daß in der Tschechoslowakei noch keine Wahlen zu den Nationalausschüssen stattgefunden hätten. Aus dem Brief ließ sich auch ein gewisses Mißtrauen gegenüber der KPTsch herauslesen. Das Politbüro der KPdSU hielt sie nicht für „gestählt“ und warf ihr die Mitgliedschaft der mehr als 120 000 ehemaligen Sozialdemokraten vor, die eine innere Gefahr darstellen könnten. Gleichzeitig lehnte der Brief aber die tschechoslowakische Selbstkritik in den „Augustthesen“ ab, bezeichnete sie als übertrieben und einige Formulierungen sogar als „falsch und schädlich“.⁶²

Der sowjetische Brief, voll innerer Widersprüche, bestärkte diejenigen Mitglieder der obersten Führung der KPTsch, die Veränderungen der bisherigen politischen Praxis ablehnten. Sie begriffen, daß die Ruhe im Lande gewahrt werden muß, und daß deshalb Schritte zur Hebung des Lebensstandards unternommen werden müssen, daß aber eine grundlegende Revision der bisherigen Politik nicht nötig sein werde. Diese Haltung drückte sich auch in der Vorbereitung und den Ergebnissen des Septemberplenums des ZK der KPTsch aus und beeinflusste in entscheidendem Maße das Schicksal des „Neuen Kurses“ in der Tschechoslowakei.

7. Die Septembersitzung des ZK der KPTsch

Obwohl alle diese Verhandlungen im Geheimen stattfanden und nicht einmal die KPTsch-Funktionäre darüber informiert wurden, erwartete die Bevölkerung eine grundsätzliche Stellungnahme der Parteiführung zu den jüngsten Ereignissen und eine Antwort auf die Frage, welche Konsequenzen sie für die Tschechoslowakei hätten. Im Politischen Sekretariat fanden zu diesem Zeitpunkt tatsächlich intensive Verhandlungen über die Gestalt des Grundsatzreferates – ausgehend von den „Augustthesen“ – statt, das Antonín Zápotocký auf der Sitzung des ZK vortragen sollte.

60 Vgl. Leonhard, Kreml, S. 122.

61 Von der Bedeutung, welche die KPTsch-Führung Malenkows Rede beimaß, zeugt auch der Beschluß des Organisationssekretariates des ZK der KPTsch, der sich auf „Agitationsmaßnahmen in Zusammenhang mit der Rede G. Malenkows“ bezog. SÚA-AÚV, Bestand 02/3 – Organisationssekretariat des ZK der KPTsch, Bd. 43, AE 232, Sitzung am 10.8.1953.

62 Kaplan, Československo v letech 1953–1966, S. 12. Auch der Text dieses Briefes erwies sich bei Recherchen 1997 als unauffindbar.

Nach wiederholten Verschiebungen wurde der Termin für die ZK-Sitzung auf den 4. September gelegt.⁶³ Zápotockýs Referat war sorgfältig vorbereitet worden. Nicht nur das Politische Sekretariat hatte dazu Stellung bezogen, sondern am 17. August auch die Mitglieder des ZK-Präsidiums. Die Diskussion zum vorgelegten Material verlief sehr stürmisch und kritisch. Für die Mehrheit der Diskussionsbeiträge war charakteristisch, daß sie versuchten, die selbstkritische Schärfe des Referats soweit wie möglich abzumildern. In der Diskussion trat jedoch ein neues Element auf, das in den vorhergegangenen Verhandlungen gefehlt hatte – viele Mitglieder des Präsidiums bekannten, daß die Stellung der KPTsch in der Gesellschaft geschwächt sei: Zdeněk Fierlinger stellte fest, daß „die Partei deshalb an Popularität verloren hat, weil sie steif wie Professoren zum Volk gesprochen hat“. Jan Harus sprach über eine „gewisse Reserviertheit gegenüber der Partei“ und Július Ďuriš betonte, daß das Vertrauen der Arbeiter und Bauern in die Partei „stark geschwächt“ sei. Alle gestanden ein, daß die KPTsch-Führung in der vergangenen Periode Fehler begangen habe; im Referat sei es jedoch nötig, die Erfolge zu betonen und zu wiederholen, daß die Generallinie richtig sei, aber „ihre Durchführung schlecht gemacht worden sei, [man dürfe] auf keinen Fall nur Selbstkritik anbringen“ (Harus).

Resultat der Diskussion war schließlich, daß das Referat überarbeitet werden mußte.⁶⁴ Zápotockýs Referat bekam tatsächlich eine völlig neue Gestalt. Genehmigt wurde schließlich seine dritte Version, die sich vom Ursprungstext wesentlich unterschied. Sie erhielt den Namen „Die Politische Situation und die Aufgaben der Partei“.⁶⁵ Obwohl der Text so viele Veränderungen durchgemacht hat, ist ihm dennoch anzumerken, daß er ideenmäßig von den „Augustthesen“ ausgeht. Am bedeutendsten ist, daß die Passage aus dem Ursprungstext über die Verletzung der Gesetzlichkeit und die Rolle des Korps für Nationale Sicherheit gestrichen wurde. Ebenso gestrichen wurden – auf Drängen von Novotný – die kritischen Bemerkungen über den Parteiapparat, die Nationalausschüsse und die diktatorischen Methoden der kommunistischen Funktionäre.

In der von Zápotocký vorgetragenen Endfassung des Referats wurde konstatiert, daß die Generallinie des Aufbaus und des Umbaus der tschechoslowakischen Volkswirtschaft richtig gewesen sei, und daß man nichts Wesentliches ändern müsse. Gleich darauf fügte er jedoch hinzu, daß es zu einer Verlangsamung der Entwicklung der Leicht- und Lebensmittelindustrie, der Landwirtschaft und der Dienstleistungen gekommen sei. Kritisch äußerte er sich über die undurchdachte Liquidierung der Kleingewerbebetriebe, deren Stellung die Kommunalbetriebe nicht einnehmen konnten. Große Aufmerksamkeit widmete er der Landwirtschaft. Auch hier bestätigte er zunächst, daß die „Generallinie der Partei in der Landwirtschaft richtig war und ist“, dann griff er jedoch die praktische Durchführung heftig an. Er sprach sich gegen die gewaltsame Gründung von Genossenschaften aus und auch dagegen, daß die Genossenschaften überall entstehen: „Einheitliche Landwirtschaftsgenossenschaften (JZD) zu gründen, ist eine richtige Sache. Wir werden sie weiterhin gründen. Man muß sie jedoch mit dem Stift in der Hand gründen, immer durchrechnen, ob die für die Gründung einer Genossenschaft notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind.“ Kritisch äußerte er sich über das Vorgehen gegen die sogenannten „Kulaken“ und lehnte es ab, Mittel-

63 Vgl. SÚA-AÚV, Bestand 02/5, Bd. 63, AE 172, Sitzung des Politischen Sekretariates am 29.8.1953, Punkt 1: Bericht der Delegation und sich daraus ergebende Maßnahmen.

64 SÚA-AÚV, Bestand 02/1, Bd. 37, AE 49, Sitzung des ZK-Präsidiums am 17.8.1953.

65 SÚA-AÚV, Bestand 100/35 – Antonín Zápotocký, Bd. 27, AE 893.

bauern als „Kulaken“ zu bezeichnen „und sie nur deshalb zu verfolgen, weil sie nicht in die Genossenschaft eingetreten sind“.

Trotz der weitgehenden Eingriffe in den Text des Referats stellte auch die Endfassung die schärfste kritische Analyse der gegenwärtigen Krise und der bisherigen Entwicklung dar, welche die kommunistische Führung veröffentlichte. Der Beschluß des ZK-Plenums vom 4. September 1953 war der Beweis für den Beginn des „Neuen Kurses“ auch unter tschechoslowakischen Bedingungen. Es war jedoch nur ein sehr vorsichtiges Ausschreiten in dieser Richtung, außerdem fast ausschließlich in wirtschaftlicher Hinsicht, während die politischen Fragen nur am Rande zur Sprache kamen und die Frage einer Revision der politischen Prozesse völlig ausgeklammert wurde. Im Gegenteil, gerade zu dieser Zeit fanden Vorbereitungen zu neuen politischen Prozessen mit einer Gruppe von „Mitarbeitern“ Slánskýs statt,⁶⁶ und die Führung der KPTsch ließ sich regelmäßig Berichte über die Tätigkeit von Verwandten der Mitglieder des ‚staatsfeindlichen Verschwörungszentrums‘ von Rudolf Slánský vorlegen.⁶⁷ Noch im April 1954 fand vor dem Strafkollegium des Obersten Gerichts in Preßburg ein Prozeß mit einer „Gruppe umstürzlerischer bourgeoiser Nationalisten in der Slowakei“ statt. Es folgten Prozesse mit Angehörigen der Staatssicherheit, Mitarbeitern des Außenministeriums und weiteren künstlich konstruierten Gruppen. Auch kam es noch ständig zu Hinrichtungen aus politischen Gründen.

Den Widerwillen der Parteiführung gegen die Grundsätze des „Neuen Kurses“ belegt die Tatsache, daß Zápotockýs Referat nicht in der Tagespresse publiziert wurde, sondern erst zehn Tage nach dem Ende der Sitzung in einer Parteibroschüre „für den internen Gebrauch“ gedruckt wurde. Im Hinblick auf den Inhalt und die Bedeutung übertrafen Verlauf und Resultate des ZK-Plenums im September 1953 den Rahmen einer bloßen Kampagne. Sie bestimmten für einige Monate die Linie, auf der sich die KPTsch bewegte und ihre Führung arbeitete – und die zum Diskussionsgegenstand in der Parteispitze wurde. Ende 1953 erwartete man jedoch, daß der in Vorbereitung befindliche 10. Parteitag an sie anknüpft. Die breite Öffentlichkeit machte sich mit den Hauptgedanken des Septemberplenums erst in der Regierungserklärung der rekonstruierten Staatsführung vertraut, der große Publizität zuteil wurde.

8. Schluß

In Übereinstimmung mit dem Beschluß des Politischen Sekretariats vom 24. August 1953 schritt die Parteiführung zur Rekonstruktion der obersten staatlichen Organe. Dazu gehörte die Ablösung des bisherigen Vorsitzenden der Nationalversammlung Oldřich John durch

66 Vgl. SÚA-AÚV, Bestand 02/5, Bd. 56, AE 152, Sitzung des Politischen Sekretariats am 21.4.1953, Punkt 16: Entwurf einer Strafanzeige gegen eine Gruppe von Mitarbeitern Slánskýs im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten; vgl. Bd. 57, AE 155, Sitzung des Politischen Sekretariats am 12.5.1953, Punkt 9d: Behandlung der Strafanzeige gegen Gustav Husák; vgl. Bd. 68, AE 185, Sitzung am 12.5.1953, Punkt 22: Anklage gegen eine Gruppe von Mittätern in Slánskýs Verschwörungszentrum in der Staatssicherheit (O. Závodský und andere).

67 Vgl. SÚA-AÚV, Bestand 02/5, Bd. 55, AE 149, Sitzung des Politischen Sekretariats am 7.4.1953, Punkt 8: Unterbringung, Arbeitsstellung und Arbeit mit den nächsten Verwandten der verurteilten Verbrecher des „staatsfeindlichen Zentrums“ und ähnlicher Fälle.

Zdeněk Fierlinger am 15. September⁶⁸ und die Reduzierung der Zahl der Ministerien. Beide Maßnahmen hatten rein formalen Charakter und keinen Einfluß auf die tschechoslowakische Politik. Viliam Široký, der auch weiterhin Regierungschef blieb, trug bei dieser Gelegenheit eine Regierungserklärung vor, die von den Beschlüssen des gerade beendeten ZK-Plenums ausging und inhaltlich in abgeschwächter Form von der Rede Zápotockýs abgeleitet war.

Aus den Informationsbulletins des ZK geht hervor, daß die Öffentlichkeit das neue Programm mit großen Erwartungen aufnahm, aber auch Skepsis hegte. Das Bulletin vom 17. September 1953 schreibt: „Ein positives Echo fand die Absicht der Regierung, die Probleme des kulturellen Niveaus und des Lebensstandards zu lösen. Es zeigen sich große Befürchtungen, ob es wirklich so wird, wie es im Beschluß gesagt wird [...]. Allgemein wurde eine Senkung der Preise erwartet. Sehr häufig tritt Kritik an der Preispolitik auf.“ Und noch am 28. September widmete das Bulletin dem Echo auf dieses Dokument Aufmerksamkeit: „In den Betrieben herrscht nach wie vor reges Interesse an der Regierungserklärung, besonders gibt es eine rege Teilnahme an den Versammlungen. Es wird gewürdigt, daß das ZK der KPTsch rechtzeitig eine Kritik und Bewertung der Situation durchgeführt hat; daß sie selbst [die Arbeiter] viele Fehler gesehen haben und auf sie aufmerksam gemacht haben, daß aber nichts geschehen sei. Jetzt wird es vielleicht endlich eine Korrektur geben, worauf sie sehr hoffen.“⁶⁹

Die inhaltliche Umsetzung des „Neuen Kurses“ scheiterte in der Tschechoslowakei an der niedrigen Bereitschaft in der höchsten Parteiführung, den Rahmen wirtschaftlicher Veränderungen zu überschreiten; noch geringer war die Bereitschaft, über eine Revision der politischen Prozesse auch nur nachzudenken. Der Machtkampf in der KPdSU führte außerdem zu einer Schwächung der Position von Malenkov, an dem sich Zápotocký als Hauptvertreter des „Neuen Kurses“ in der Tschechoslowakei orientierte. Der Aufstieg von Nikita Chruschtschow hingegen stärkte die Position von Antonín Novotný, der eine andere politische Konzeption verfolgte. Diese beruhte auf einer dominanten Stellung des Parteiapparates und der Vollendung der Kollektivierung der Landwirtschaft um jeden Preis. Das zeigte sich auch beim Treffen von Vertretern der kommunistischen Parteien in Moskau vom 6.–8. April 1954. Zápotocký war dort so harscher Kritik ausgesetzt, daß er sich damals notierte: „Kritik an meiner Person. Kritik akzeptiere ich. Es wird nötig sein, darüber nachzudenken, ob ich den Aufgaben gewachsen bin.“⁷⁰ Nach der Rückkehr nach Prag wurde seine Position in der KPTsch-Führung schwächer, er ließ in seiner bisherigen Aktivität nach, gab seine ursprüngliche Absicht, auch die Funktion des KP-Vorsitzenden zu übernehmen, auf und unterließ jegliche Anstrengungen, die grundlegenden Probleme zu lösen.

Hinzu kam, daß die Gedanken des „Neuen Kurses“ den Parteiapparat nicht soweit ansprachen, daß er sie sich zu eigen gemacht hätte. Und als die Unterstützung schwand, die bisher Zápotocký gewährt hatte, begann der „Neue Kurs“ an Auszehrung zugrundezugehen, noch bevor er sich richtig durchgesetzt hatte. Dabei spielte die ständig wiederholte Argumentation, daß die KPTsch das Werk Gottwalds fortführe, die Generallinie richtig sei und nicht geändert werde, eine wichtige Rolle. In politischer Hinsicht blieb die KPTsch also auf den gleichen Positionen wie zu Gottwalds Lebzeiten und veränderte sich im folgenden Jahrzehnt nur sehr langsam.

68 Vgl. SÚA-AÚV, Bestand 02/1, Bd. 37, AE 339, Sitzung des ZK-Präsidiums am 3.9.1953.

69 SÚA-AÚV, Bestand 014/12 – Informationsbulletins des ZK der KPTsch.

70 SÚA-AÚV, Bestand 100/35 – Antonín Zápotocký, Bd. 60, AE 1237.

Im wirtschaftlichen und sozialen Bereich zeigte die KPTsch jedoch, daß sie sich die Lehren der Moskauer Führung in bezug auf die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung zu eigen machen konnte. Das ermöglichte einerseits das finanzielle Polster, das im Gefolge der Währungsreform entstanden war, andererseits die vorübergehende Senkung des Rüstungsaufwands, zu der es im Laufe des Jahres 1953 kam.⁷¹ Ein Teil der Rüstungsbetriebe wurde sogar auf Zivilproduktion umgestellt und konzentrierte sich auf die Produktion bisher mangelnder Konsumgüter. Und so kam es am 1. Oktober 1953 zu einer ersten Senkung der Einzelhandelspreise, was sich in den folgenden Jahren einige Male wiederholte. Das bewirkte eine Verbesserung des politischen und gesellschaftlichen Klimas im Lande für das herrschende Regime. Es zeigte sich, daß die Schäden, welche die Währungsreform im Bewußtsein der Menschen bewirkt hatte, behoben werden konnten und das Erreichen des unerläßlichen Konsenses zwischen Herrschenden und Beherrschten in der Tschechoslowakei möglich war. Das war einer der Gründe, weshalb die KPTsch auch die zweite politische Krise des kommunistischen Systems 1956 überlebte und die Tschechoslowakei aus ihr sogar als „Mustersatellit“ hervorging.

Die Tatsache, daß es in der Tschechoslowakei mit dem Beginn zum „Neuen Kurs“ nicht zu einer grundsätzlichen wirtschaftlichen Wende kam, und daß sie sich nicht von der falschen Konzeption der „Maschinenbau-Großmacht“ trennen konnte, hatte Konsequenzen, mit denen die Tschechische und die Slowakische Republik noch heute zu kämpfen haben.

71 Kaplan, *Československo v letech 1953–1966*, S. 22–23. Vgl. Matthias Roeser, *Sovětizace a militarizace československého leteckého průmyslu v letech 1949–1953*, in: *Soudobé dějiny*, Bd. III/1 (1996), S. 60–71.